

Nr. 21/21 vom 20.07.2021

European Energy Colloquium

Fit for 55? – Weg zur Erreichung der EU-Klimaschutzziele im Jahr 2030

Berlin/Brüssel. Die Europäische Union hat beschlossen, die Klimaschutzanstrengungen zu erhöhen und dabei festgelegt, bis 2030 mindestens 55 Prozent der CO₂-Emissionen zu reduzieren. Am 14. Juli 2021 stellte die Europäische Kommission ihr „Fit for 55“-Paket vor. Darin definiert sie die Maßnahmen, mittels derer dieses neue Klimaschutzziel erreicht werden soll. Am selben Tag wurde im Rahmen des „European Energy Colloquium“ des Forum für Zukunftsenergien e.V. darüber diskutiert, welche Auswirkungen das Paket für ausgewählte, betroffene Branchen haben wird.

Mit seinen 12 Legislativvorschlägen zur Erreichung des EU-Klimaschutzziels im Jahr 2030 sei das „Fit for 55“-Paket beispiellos, betonte Tatiana Marquez Uriarte, Mitglied des Kabinetts der Kommissarin Kadri Simson in der Europäischen Kommission. Es adressiere eine Reihe von Themen – darunter die Reformen des EU-Emissionshandels und der Energiesteuerrichtlinie, die Anpassung des Effort-Sharing, einen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus sowie schärfere CO₂-Standards für Fahrzeuge, wobei diese Themen mit der angestrebten CO₂-Reduktion um mindestens 55 Prozent bis zum Jahr 2030 einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Klimaneutralität darstellten. Das „Fit for 55“-Paket benenne im Einzelnen die konkreten Umsetzungsschritte auf diesem Weg. Im Verlauf dieses Jahres werde ein weiteres Paket mit zusätzlichen energiepolitischen Maßnahmen vorgestellt, so Marquez Uriarte.

Der Geschäftsführer des BWO Bundesverband der Windparkbetreiber Offshore e.V. Stefan Thimm, verdeutlichte, dass mit dem „Fit for 55“-Paket der größte jemals initiierte Transformationsprozess der Europäischen Union angestoßen werde. Laut WindEurope bedeute die Zielanhebung, dass die Windkraftanlagen-Kapazitäten in der EU bis zum Jahr 2030 auf ca. 452 GW ansteigen müssten. Darüber hinaus lasse die geplante Erzeugung von grünem Wasserstoff die zu installierende Leistung noch zusätzlich ansteigen. Kritik richtete sich darauf, dass die Europäische Kommission an die Ausgestaltung von Rahmenbedingungen eines Wasserstoffmarktes zu zögerlich herangehe. Dadurch werde, so Thimm, angesichts der aktuellen Diskussion, ob die Wasserstoffproduktion nur mittels neuer bzw. mittels zusätzlicher Erneuerbarer-Energien-Anlagen ermöglicht werden solle, die Wasserstoffproduktion gerade in der Anfangsphase gehemmt. Auch Flächenkonflikte müssten gelöst werden, wenn der Ausbau der Kapazitäten gelingen solle – Artenschutz dürfe nicht mehr als „Feigenblatt“ genutzt werden, um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu verhindern, unterstrich Thimm.

Dr. Martin Theuringer, Geschäftsführer und Leiter Wirtschaft bei der Wirtschaftsvereinigung Stahl, unterstrich die Bedeutung von klimaneutralen Grundstoffen für die Transformation und den Wunsch der Industrie, so schnell wie möglich mittels grünen Wasserstoffes klimaneutrale Produkte anzubieten. Positiv sei zu bewerten, dass das „Fit for 55“-Paket eine „Wegbeschreibung“ zur Erreichung der Klimaziele vorlege, die in Teilen Sicherheit für Unternehmen biete. Jedoch werde es schwierig sein, die Konsistenz zwischen den einzelnen Legislativvorschlägen im Laufe des Gesetzgebungsprozesses sicherzustellen. Gleichzeitig müsse es eine Ausgewogenheit zwischen dem Setzen klarer Transformationsanreize und der Anerkennung von Übergangsprozessen geben. Er warnte davor, durch die angekündigte Verringerung

kostenloser Zertifikate im Rahmen des EU-ETS den Unternehmen u.a. Investitionsmittel für die Transformation zu entziehen. Auch der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) könne die kostenlose Zuteilung nicht gänzlich kompensieren. Zusätzlich bestünden beim CBAM in der Praxis vielfältige Umsetzungsprobleme, gerade auch mit Blick auf Geschäftsaktivitäten auf Drittmärkten, so Dr. Theuringer.

Zoltan Elek, Geschäftsführer der Landwärme GmbH, vertrat die Auffassung, dass eine reine Fokussierung auf Strom und Wasserstoff nicht ausreichen werde, um die Energiewendeziele innerhalb der gesetzten Frist zu erreichen. Erneuerbarer Strom, grüner Wasserstoff und Biomethan ergänzten sich in ihren Eigenschaften und könnten dadurch die Sektorenkopplung zum Erfolg führen. Gerade Biomethan besitze den Vorteil, dass der Transport über große Distanzen mittels vorhandener Infrastrukturen erfolgen könne. Entscheidend aber sei insgesamt, bei jeder verfügbaren erneuerbaren Technologie schnell zu handeln und sinnvolle Entwicklungen nicht abzuschneiden. Elek kritisierte, dass bei Biomethan die damit verknüpfte Möglichkeit zur Erreichung der Klimaschutzziele derzeit nicht ausreichend anerkannt werde, obwohl mit seinem Einsatz die Methanemissionen bis 2030 um bis zu 75 Prozent reduziert werden könnten. Hinzu komme, dass aktuell der überwiegende Teil der EU-Mitgliedstaaten die bereits gültige Erneuerbare-Energien-Richtlinie nicht in nationales Recht implementiert habe. Elek forderte die Europäische Kommission daher auf, diesen Schritt strenger einzufordern.

Ralf Diemer, Geschäftsführer der eFuel Alliance e.V., kritisierte, dass die Europäische Kommission zunehmend vom Grundsatz der Technologieoffenheit abrücke und in Richtung einer „Klimaplanwirtschaft“ tendiere. Er forderte mehr Einsicht, dass sämtliche Technologien und Hebel benötigt würden, um die Klimaneutralität zu erreichen. Bei der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Reform der Energiesteuerrichtlinie sei eine grundlegende Stufe der Reform verpasst worden, denn eine Besteuerung anhand des CO₂-Footprints sei bedeutend sinnvoller. Die Einführung einer Unterquote für E-Fuels bis zum Jahr 2030 begrüßte Diemer grundsätzlich, allerdings mit der Einschränkung, dass die Quote höher ausfallen müsse als z. Z. diskutiert. Erfreulich sei, dass zukünftig Mehrfachanrechnungen im Rahmen der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie bis auf wenige Ausnahmen eliminiert würden. Den Vorschlag, die CO₂-Grenzwerte für Fahrzeuge in solch einem Umfang zu verschärfen, dass dies einem Verbot von Verbrennungsmotoren für Neuzulassungen ab dem Jahr 2035 gleichkomme, kritisierte Diemer. Vielmehr müsse eine Form der Regulierung gefunden werden, die die gesamte Wertschöpfungskette einbeziehe und Anreize für Investitionen in klimaneutrale Technologien schaffe.

Im Anschluss diskutierten der Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Ismail Ertug (S&D), und die beiden Abgeordneten des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Martin Neumann (FDP), und Lisa Badum (Bündnis 90/Die Grünen), unter Leitung von Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien e.V., über die Vorschläge der Europäischen Kommission.

Ertug warnte davor, das „Fit for 55“-Paket voreilig abzulehnen, denn hier sei von der Europäischen Kommission „seriöse Arbeit“ geleistet worden. Er erwarte, dass es in den kommenden Wochen zu einem „Gehacke“ um die Kompetenzverteilungen zwischen den jeweiligen Ausschüssen im Europäischen Parlament kommen werde. Den vorgeschlagenen separaten Emissionshandel für den Transport- und Gebäudesektor bewertete er kritisch. Dieses Vorgehen könne zu einer Verteuerung, gerade für einkommensschwache Haushalte, führen, und bei der Ausgestaltung des geplanten Sozial- und Klimafonds stünden schwierige Verhandlungen aufgrund der erforderlichen Einstimmigkeit bevor, so Ertug. In Bezug auf den angestrebten Phase-Out des Verbrennungsmotors zeigte er sich unsicher, ob die notwendigen Mehrheiten im Europäischen Parlament hierzu erreicht würden, denn die Positionen seien selbst in der eigenen Fraktion äußerst unterschiedlich.

Prof. Dr. Neumann begrüßte das europäische Vorgehen und die praktischen Vorschläge zur Erreichung der Klimaschutzziele, die im „Fit for 55“-Paket unterbreitet würden. Mit der Ausweitung des Emissionshandels auf die Sektoren Verkehr und Gebäude werde einer von der FDP schon lange erhobenen Forderung entsprochen. Nicht nachvollziehbar sei hingegen, warum diese Sektoren nicht direkt in den bereits vorhandenen EU-ETS

intergiert würden, sondern zunächst ein separates System aufgebaut werde. Gleichzeitig bemängelte er fehlende Stringenz innerhalb des Paketes und verwies beispielhaft auf das geplante, als kleinteilig zu bewertende Verbot des Verbrennungsmotors. Beim CO₂-Grenzausgleichsmechanismus sieht Prof. Dr. Neumann die Gefahr, dass dieser zu handelspolitischen Verwerfungen und zur Schwächung der WTO führen könne. Zur Erreichung der Klimaschutzziele sei eine Nutzung sämtlicher Technologien erforderlich. Daher müssten auch E-Fuels und Biomethan eingesetzt werden, denn nur auf diesem Weg könnten Bezahlbarkeit und Klimaschutz zusammengeführt werden.

Badum lobte das Paket der Europäischen Kommission mit Blick auf die angestrebte sozial-ökologische Transformation in den europäischen Mitgliedsstaaten als „historisch“. Das Paket sei grundsätzlich gut und habe das Potenzial, dass damit die Klimaschutzziele erreicht werden. Trotzdem gebe es bezüglich einzelner Punkte noch Anpassungsbedarf. So werde beim separaten EU-ETS für den Verkehr- und Gebäudebereich ein sozialer Ausgleich nicht ausreichend berücksichtigt. Badum forderte daher die Bereitstellung eines europäischen Energiegeldes. Beim Carbon Leakage-Schutz plädierte sie dafür, entweder auf den CO₂-Grenzausgleichsmechanismus oder auf kostenlose Zertifikate zu setzen – beide Instrumente zu nutzen, sei nicht sinnvoll. Ein Aus für den Verbrennungsmotor begrüßte sie, wobei ihrer Meinung nach ein früheres Datum jedoch wünschenswert gewesen wäre. Um den Ausbau von Windkraftanlagen auf See zu beschleunigen, müsse die Politik klarstellen, dass der Ausbau von Windkraftanlagen Vorrang vor anderen Nutzungsarten habe, so Badum.

Die Präsentationen stehen in Kürze für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien e.V. auf der Website (Presse/Publicationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine E-Mail an: info@zukunftsenergien.de.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
zukunftsenergien.de
Twitter @FfZeV
LinkedIn @FfZeV